

Dem Machtmißbrauch wehren!

Für eine Demokratisierung der „Volksparteien“

Von Rechtsanwalt Klaus Kunze

Seite 6

Soviel Besorgnis um die Demokratie wurde lange nicht laut wie nach dem Wahlerfolg der REPUBLIKANER in Berlin. In schwarz-rot-grüner Gemeinsamkeit drohen die selbsternannten Demokraten auf die vermeintliche Gefahr von rechts ein. Die Bonner Demokratie ist auch tatsächlich in Gefahr; aber in einer anderen, als ihre fernsehgewaltigen scheinbaren Verteidiger glauben machen wollen: Zu den Wesensmerkmalen der Demokratie im Sinne des Grundgesetzes gehört die Gleichberechtigung nicht nur einzelner Bürger vor dem Gesetz, sondern auch die der politischen Parteien.

Die staatliche Garantie der Freiheitsrechte für die jeweilige Opposition und die politische Betätigungsfreiheit für nicht regierende Parteien bilden einen der wesentlichen Unterschiede zu politisch geschlossenen Systemen, in denen die jeweils Herrschenden prinzipiell unter sich bleiben und keine Konkurrenz dulden. Wer die Freiheit einer Oppositionspartei antastet, sich politisch zu betätigen, vergreift sich am Kernbestand der Verfassung, er ist ein Verfassungsfeind.

Feinde der Demokratie

Leider besteht nur allzuviel Veranlassung, sich dieses kleine Einmaleins demokratischer Freiheit ins Gedächtnis zu rufen. Die westdeutsche Wirklichkeit entfernt sich nämlich immer weiter von demokratischen Idealvorstellungen. Mit Gleichmut könnte man noch zur Kenntnis nehmen, daß die momentan grün verkappten Feinde der Demokratie sich undemokratisch verhalten: Da werden gewaltsam Parteiversammlungen Andersdenkender gesprengt, beispielsweise der REPUBLIKANER, da wird randaliert, blockiert, boykottiert. Getreu dem alten Motto des kommunistischen Rotfrontkämpferbundes der 20er Jahre: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“, wird von autonomen und grünen Demokratiefreunden pauschal alles für „faschistisch“ erklärt, was sich nicht in die „antifaschistische Volksfront“ einreicht.

Es gibt Städte, in denen selbst hohe CDU-Politiker nicht mehr öffentlich auftreten können. Doch nein, das wundert nicht, warum auch sollten zum Beispiel frühere Funktionäre des kommunistischen Bundes plötzlich ihre Liebe zur Demokratie und den Respekt vor Andersdenkenden entdecken, nur weil sie jetzt als Mandatsträger grüner oder alternativer Gruppen in einem Parlament sitzen! Das dürfte niemand erwarten.

Schwarz-rotes Monopol

Unerwartet für manche kommt dann schon die zunehmende Bereitschaft von Gewerkschaftsfunktionären, mit Kommunisten und autonomen Straftätern gemeinsam Kundgebungen durchzuführen und es als Heldentat und Sieg der Demokratie hinzustellen, die Parteiversammlung einer den Gewerkschaftlern mißliebigen Partei mit Gewalt verhindert zu haben.

Schlimm wird die Sache allerdings und wirklich gefährlich für die Demokratie, wenn sich die schwarz-roten Monopoldemokraten mit regierungsamtlichen Machtmitteln einschalten. Die Hiebe des Straßensmobs treffen über, die feineren Methoden unter die Gürtellinie. Monopoldemokraten? Das sind jene Gralshüter der Verfassung, die es für ein Naturgesetz halten, die einzigen Demokraten und Verfechter der einzig wahren Lehre zu sein. Peinlich für sie, wenn ihnen andersdenkende Demokraten Mandate und Einfluß streitig machen! Die müssen zu Ketzern erklärt werden, um sie nicht hochkommen zu lassen. Also werden flugs Sprachregelungen ausgegeben, die Konkurrenten zu Extremisten gestempelt und in einer Manier behandelt, vor der ein Propagandaminister fachliche Hochachtung hätte.

Entmachtete Abgeordnete

Wie demokratisch sind jene Parteien eigentlich selbst, die mit ihrer geballten Medienmacht andere in unberechtigten Verruf bringen wollen? Um das klar zu durchschauen, muß man noch einmal theoretisieren: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Die Parteien wirken an der politischen Willensbildung lediglich mit. So lesen wir es im Grundgesetz.

Die Verfassungswirklichkeit wurde von den herrschenden Volksparteien aber in eine Richtung entwickelt, die ihnen ein umfassendes Machtmonopol sichern soll und dem Volk immer weniger praktische Entscheidungsbefugnis läßt. Nicht mehr in offener Redeschlacht des Parlaments werden die kleinen und großen Fragen der Zeit entschieden, nein, der Bundestag ist zu einer Abstimmungsmaschine der jeweiligen Regierungspartei verkommen. Die Entscheidungen sind längst gefallen, wenn feststehende Mehrheiten Gesetze durchpauken, und zwar in der Führung der Regierungspartei, ihr folgend vielleicht noch auf einem Parteitag. Der Abgeordnete ist nur noch auf dem Papier frei; wehe ihm, er beugt sich nicht der Parteiloyalität: Er würde in der nächsten Wahl nicht mehr als Kandidat aufgestellt.

Wehret den Anfängen!

Gerade die Ohnmacht der „Basis“ gegenüber undemokratischen Verhaltensweisen der Parteiführung hatte beispielsweise in Berlin Übertritte von der CDU zu den REPUBLIKANERN motiviert. Merkmal totalitärer Staatlichkeit ist es, wenn der Machtanspruch einer Partei alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringt und die Freiräume für den Bürger geringer werden, wenn er sich der Unduldsamkeit einer herrschenden Lehre nicht mehr entziehen kann.

Noch ist Westdeutschland von so totalitären Zuständen weit entfernt, doch: Wehret den Anfängen! Läßt doch skrupelloser Machttrieb die Volksparteien wie Polypen ihre Fangarme in mehr und mehr Lebensbereiche eindringen: Nach dem Parteibuchbürgermeister kam der Parteienfilz, nach diesem der Parteibuchlehrer, der Parteibuchgeneral, am Ende gar eine Justiz, die mit den Mitteln des Strafrechts gewisse Behauptungen zur jüngeren Vergangenheit als historische Wahrheit verteidigt und wegen Beleidigung verurteilt, wenn jemand anders rechnet.

Gleichsetzung von Staat und Partei

Noch sind das alles nur Tendenzen, noch ist der Weg nicht unumkehrbar, doch tut demokratische Wachsamkeit not. Das Parteienwesen darf nicht zum Unwesen werden. Die Großparteien dürfen den Staat nicht schlucken und jeden Angriff auf ihren Machtanspruch mit einem Angriff auf den Staat verwechseln. Denn die Gleichsetzung von Staat und Partei führt geradewegs in den Totalitarismus, in den totalen Parteienstaat. Demokratisierung verkrusteter Partei- und Machtstrukturen ist das Gebot der Stunde. Sprach nicht Heinrich Böll den Satz von den verfaulenden Resten der Macht, die mit rattenhafter Wut verteidigt werden?

Genau diese Wut steht zum Beispiel einem Momper ins Gesicht geschrieben, wenn er vor der Kamera gegen die REPUBLIKANER schäumt; diese Wut zeichnet auch die „betroffenen“ Gesichter einer Fernsehjournalistin, die gesetzlich zu ausgewogener Berichterstattung verpflichtet, in Wahrheit aber mächtigster Tentakel eines kranken Parteienstaates ist. Regierungsfernsehen? Noch nicht, aber warten wir einmal auf einen Bericht, in dem das politische Anliegen irgendeiner anderen Partei neben dem schwarz-rot-grünen Machtkartell auch nur annähernd vorurteilsfrei